INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 3

17.3.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50

INHALT

Frauen - § 218	S. 11
Jugendwohnkollektiv	S. 12
Jugendzentren	
SJSZ	S. 13
Putte	S. 14
Zum Plenum	S. 15
Protestveranstaltung gegen RVO an der PH	S. 18

INFO BUG 1 Bln 21 Stephanstr.6o
(im SZ) Tel: 395 8o 83

Bürozeiten: Mo-Fr 18-2o Uhr
So ab 18 Uhr Redaktion im SZ

Neukölln:

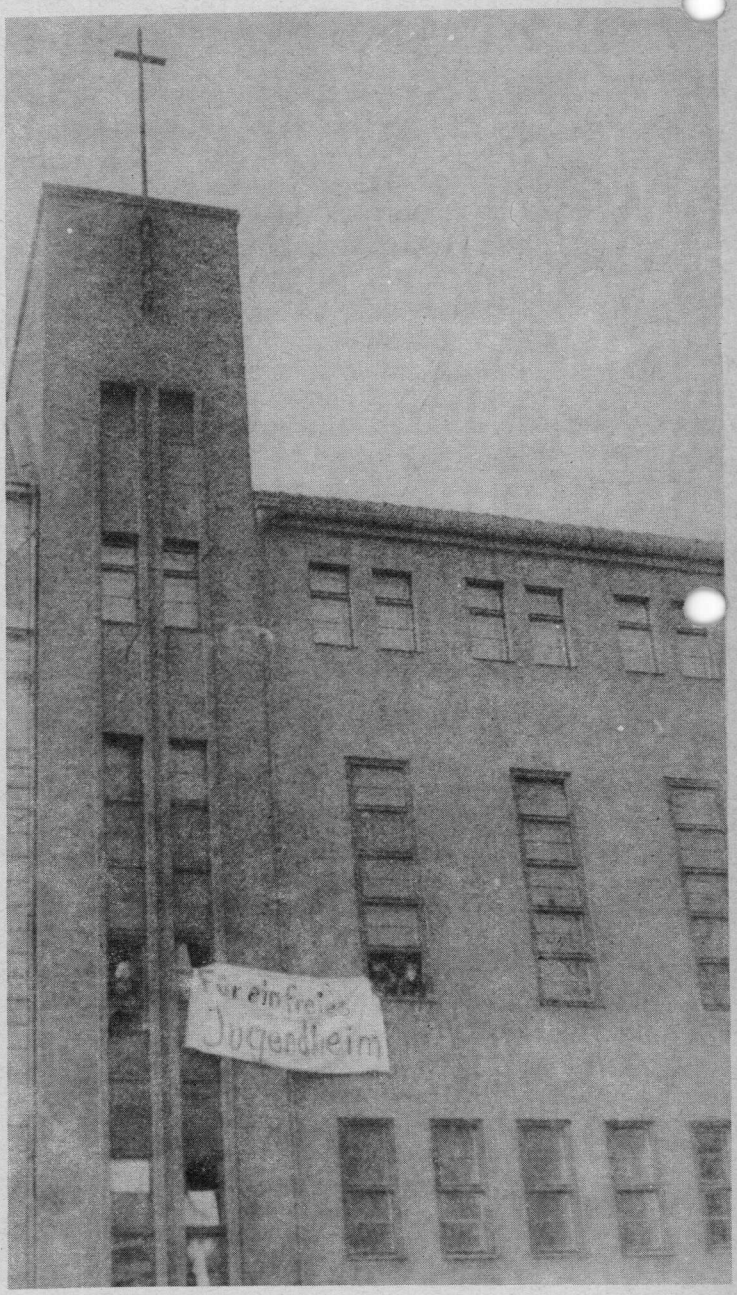
Kampf um ein Freies Jugendheim

Neukölln: Kampf um ein Freies Jugendheim

Am Dienstag, dem 12. 3. 74 fand die letzte Gemeindekirchenratsveranstaltung vor der geplanten Schließung am 1. 4. 74 statt. da die Jugendlichen bisher keinerlei genaue Auskunft erhalten hatten darüber, wie denn die Gruppenarbeit aussehen sollte und auch keine Stellen bisher besetzt waren, sie also alles für Lüge hielten,,was ihnen erzählt wurde, machten sie ein Go-In mit 20 Jugendlichen und den beiden Mitarbeiterinnen. der Gemeindekirchenrat (GKR) versprach in einer halben Stunde ins Jugendheim zu kommen und mit den Jugendlichen zu diskutieren. Inzwischen faßte der GKR schnell den Beschluß, das Jugendheim sofort zu schließen und den Mitarbeiterinnen Hausverbot zu geben. Obwohl das ja nun schon klar war, diskutierten sie zum Schein noch eine Stunde mit den Jugendlichen und eröffneten hinterher den beiden Mitarbeiterinnen den wahren Sachverhalt und nahmen ihnen die Schlüssel ab. Dieses hinterhältige Verhalten brachte alle so in Wut, daß es klar war, daß die Jugendlichen doch am nächsten Tag ins Jugendheim gehen würden. Sie beschlossen das erst einmal alleine zu probieren und zur Durchführung noch niemand zu Hilfe zu holen.

Es gelang ihnen am Mittwoch ohne Beschädigungen zur gewohnten Zeit ins Jugendheim zu kommen. Sie fingen im Jugendheim an wie immer ihren Nachmittag zu gestalten. Nach einer Stunde erschienen zwei Pfarrer und forderten sie auf innerhalb von 1o Minuten das Hauszuverlassen.Allgemeines Gelächter.Daraufhin wurde der Superintendent von Neukölln geholt Esche, der versuchte, die Jugendlichen zum Aufgeben zu bewegen. Diesmal wurden noch keine Kompromißvorschläge angeboten. Herr Esche verließ die Versammlung mit der Bemerkung, er sei tief enttäuscht von den Jugendlichen und besonders von den Mitarbeiterinnen, die sich nicht einmal an das Hausverbot gehalten hätten. Etwa um 2o Uhr kamen die Bullen, versuchten erstmal mit den Jugendlichen zu reden und einzelne rauszuschubsen. Da hakten sich alle unter, tanzten im Kreis und sangen: " Das ist unser Haus, schmeißt doch mal die Pfaffen raus."

Das war zuviel für die Bullen. Sie zogen die Sitzenden an den Haaren aus den Räumen und prügelten die anderen raus. Einige wurden von den Polizeihunden gebissen. Der erste friedliche Versuch der Besetzung aus



eigner Kraft war also gescheitert. Das sollte eine Lehre für den nächsten Tag sein. Eine Besetzung und Verbarrikadierung zu planen und dazu alle Freunde zu Hilfe zu holen.

Am nächsten Tag, Donnerstag, um 18 Uhr zogen die Jugendlichen vor das Jugendheim und stiegen durch die Fenster der Vorderfront in ihre Räume, aus denen sie auf Weisung des GKR tags zuvor von der Polizei geschleift worden waren. Diesmal wollte man wirkungsvolleren Druck ausüben und sich nicht so rasch wieder aus den Räumen vertreiben lassen. Deshalb wurden mit dem verfügbaren Holz (Schränke,Tische, Türen, Baumaterial) Türen und Fenster verbarrikadiert. Zwanzig Minuten später kam der erste Bullenmannschaftswagen.

Auf der Straße und in der Parkanlage vor dem Heim sammelten sich mittlerweile die Solidarisierungswilligen befreundeter Jugendgruppen, die über die bevorstehende Besetzung informiert worden waren. Die ringsum Wohnenden gaben sich eher feindselig gegenüber den Besetzern, wieder war von Arbeitslagern die Rede oder von Ausräuchern. Gelegentlich hörte man auch von Arbeitern Zustimmung und Ermunterung. Zu späterer Stunde stieg sogar ein Ehepaar über die schmale Leiter und unter Stacheldraht hinweg zu einem längeren Gespräch in die besetzten Räume. Gegen 20 Uhr war der GKR zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetrommelt worden, um über die Lage zu beraten.Die Polizei wurde zunächst um ein paar Straßenecker weiter zurückgezogen. Der Zugang zum Heim - zuerst von den Bullen abgeriegelt - war nun frei. Proviant - zig Brote, Margarine, Äpfel -, Decken, Schlafsäcke und Verbandszeug gelangten ins Haus. Es trafen immer mehr Leute ein, zeitweise waren an die 200 im Haus. Zufällig tagte zur gleichen Zeit - ab 19.30 Uhr - nicht allzu weit entfernt der Kreisjugendkonvent, in dem Vertreter der verschiedenen Neuköllner evangelischen Jugendheime sitzen. Diese Gremium war allerdings ahnungslos über die Vorgänge in der Schillerpromenade. Nur unter Schwierigkeiten gelang es, die Ereignisse als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Schließlich ergab die Diskussion, die von den Abgesandten des Jugendheimes in Gang gebracht wurde, daß ähnliche Probleme, wie sie nun im Genezareth-Jugendheim aufgebrochen sind, auch schon länger in anderen Jugendheimen schwelen. Nur haben einige der Jugendarbeiter bereits den bequemen Weg gewählt und die offene Jugendarbeit eingestellt. Die Folge ist, daß die Jugendfreizeitheime nun überwiegend frei von Jugendlichen sind. Besonders die Befürworter konservativer Jugendarbeit sehen die Schuld eher bei den Jugendlichen als bei sich selbst und ihrer eigenen Unfähigkeit,überhaupt auf die Probleme der Jugendlichen richtig eingehen zu können. Dieses Unvermögen äußerte sich auch in der Feststellung, es gebe genügend Arbeiterjugendliche, die ihre Freizeit auch "sinnvoll", d. h. z. B. mit Fortbildung oder ähnlichem und nicht mit Beat gestalten wollten. Mit randständischen Jugendlichen habe die Arbeit dagegen wenig Sinn. Einige progressive Jugendvertreter widersprachen dem entschieden und stellten fest, daß der Kreisjugendkonvent überhaupt einmal inhaltlich und mit dem Ziel einer Konzeption über das Problem offene oder geschlossene Jugendarbeit sprechen müsse. Die Besetzungsaktion könne der aktuelle Anlaß sein. Eine ähnliche Ent-

wicklung zeichne sich auch in anderen Jugendheimen ab. Es wurde daher von den Progressiven der Antrag gestellt, die Sitzung des Kreisjugendkonvents abzubrechen und auch an Ort und Stelle über die Probleme zu informieren. Dem mochte sich nun niemand - aus dem Grund, beide Seiten anzuhören - widersetzen. Die Sitzung wurde abgebrochen, der Konvent begab sich zum Jugendheim. Das war gegen 20.30 Uhr. Inzwischen hatte sich der GKR zu Verhandlungen mit den Jugendlichen entschlossen. Zehn Jugendliche, ohne die beiden Sozialarbeiterinnen, stiegen in die erste Verhandlungsrunde,die aber hinter verschlossenen Türen stattfand. Öffentlichkeit ließ sich nicht durchsetzen. Nach 22 Uhr wurden schließlich die Forderungen des GKR bekanntgemacht: Fristlose Kündigung der beiden Sozialarbeiterinnen, Erstattung von Strafanzeigen gegen biede (die übliche Rädelsführertheorie), zwei Tage offene Tür wie bisher, drei Tage geschlossene Arbeit entsprechend den Vorstellungen des GKR. Die Arbeit soll vorübergehend - bis die gekündigten Stellen neu besetzt sind - von den Pfarrern fortgeführt werden. Die Renovierung der Räume darf nur von 10 Jugendlichen vorgenommen werden, Mittel dafür werden nicht bewilligt. Alle Jugendlichen müssen dem Club des Heimes beitreten (Clubausweise). "Säufer" und "Schläger" dürfen die Räume nicht betreten.

Schon beim ersten Punkt - der fristlosen Kündigung - war klar, daß man über die anderen Punkte erst gar nicht mehr zu reden brauchte. Die Vorstellungen des GKR wurden abgelehnt. Die Jugendlichen wollen die Aufhebung der Kündigungen, und sie wollen das Heim die ganze Woche. Alle wollen renovieren und der GKR soll Mittel zur Verfügung stellen. Mit diesen Forderungen gingen nun die Jugendlichen ihrerseits in die letzte Verhandlungsrunde. Die Zurückbleibenden und alle, die sich solidarisieren wollten, diskutierten nun, was zu tun sei. Schließlich kam heraus, daß die Räume besetzt bleiben sollen und daß die Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Widerstand witzlos ist. Niemand wollte sich noch einmal ohne Gegenwehr auf den Kopf schlagen oder an den Haaren herausschleifen lassen. Aber obgleich es fast niemanden gab, der gehen wollte oder das öffentlich zuzugeben bereit war, verkrümmelten sich die Zugereisten nicht nur einzeln, sondern schließlich sogar gruppenweise und diskutierten draußen vor dem Heim nur noch, in welche Kneipe sie denn nun gehen wollten. Natürlich hatte plötzlich jeder eine Begründung zur Hand, warum eine Verteidigung unmöglich und auch nicht sinnvoll sei. Von niemandem hörte man die eigentlich ganz verständliche Begründung, daß da auch Angst im Spiel sei. Gegen 0.30 Uhr war denn klar, daß der GKR sich auf nichts mehr einlassen wollte. Die Verhandlungen waren gescheitert. Was jetzt bevorstand, hatte schon der Polizeifunk durchgegeben: Beim Scheitern der Verhandlungen wird geräumt.
Die Verbliebenen - ca. 35 - diskutierten nun, was man bei der geringen Beteiligung überhaupt noch machen könne. Die Jugendlichen wollten auf jeden Fall bleiben. Also war damit die Frage - alle oder keiner - entschieden. Der Rest blieb, aber nur noch einer symbolisch Besetzung wegen. Die meisten rollten sich in ihre Decken und legten sich schlafen so gut es ging.Ein paar schoben abwechselnd Wache. Gegen morgen mußten einige zur Arbeit - schließlich waren noch 25 im Heim. Gegen 11 Uhr morgens war es dann soweit. Zwei Gerätewagen der Bullen rollten vor, zwei Wasserwerfer, zwei Pferdestaffeln und cirka acht Hundert-

schaften riegelten die gesamte Umgebung ab. Über Lautsprecher kam die Aufforderung, das Haus zu verlassen, aber auch keinen aktiven Widerstand leisten. Ein Bullentrupp brach daraufhin die Tür vom großen Gemeindesaal zum Treppenhaus auf, stieg die Treppe zu den Jugendheimräumen hinunter. Die 25 ließen sich rausschleppen. Es ging merkwürdigerweise auch ohne an den Haaren ziehen. Diesmal war wohl doch der liebe Gott im Spiel. Es wurde auch niemand verhaftet. Niemand mußte seine Personalien angeben. Eine Spontandemo endete weider vor dem Heim, aber ein Gespräch mit der Bevölkerung (zumeist Rentner) kam nicht in Gang.

Bataillone - im Kampf gegen das 'Böse' angetreten

Der folgende Artikel ist von den beiden gekündigten Mitarbeiterinnen kürzlich für die kirchliche Öffentlichkeit geschrieben worden.

Zur Situation der Jugendlichen in der Neuköllner Genezareth-Gemeinde

Die Entscheidung des Gemeindekirchenrats - Umstellung der offenen in geschlossene Jugendarbeit - wird sich für die Jugendlichen, die bisher das Jugendheim zwischen 16 und 22 Uhr aufsuchen konnten, so auswirken, daß sie ab 1. April nur zu ganz bestimmten Zeiten unter festen Programmangeboten hereingelassen werden. Unserer Ansicht nach soll dadurch erreicht werden, daß ein Teil der Jugendlichen, die sogenannten "schwierigen", die sich nicht ohne weiteres in Gruppen integrieren lassen, das Heim nicht mehr betreten.

Die offene Jugendarbeit in der Genezareth-Gemeinde wurde erst Anfang 1973 begonnen. Für diese Arbeit standen ein Pfarrer, zwei Sozialarbeiter und zwei Gemeindehelfer zur Verfügung. Aufgrund der guten Besetzung entschieden wir uns dafür, das Jugendheim für alle Jugendlichen im Gemeindebereich zu öffnen. Wir handelten nicht nur wegen der günstigen Personalsituation so, sondern auch aus moralischen Gründen: jeder sollte das Recht haben, zu uns zu kommen, niemand der Hilfe brauchte, vor der Tür bleiben. Wir wußten zwar, daß die Jugendlichen im Gemeindebereich nicht einfach waren, aber wir wollten

uns mit ihnen, so wie sie waren, auseinandersetzen, denn für Jugendliche ohne Schwierigkeiten braucht man keine Sozialarbeiter.

Die Jugendlichen aus dem Gemeindebereich stammen durchweg aus Arbeiterfamilien, zum Teil aus Familien mit besonderen Problemen. Die Eltern sind häufig beide berufstätig, die Wohnverhältnisse sind beengt, Alkoholismus und Streit sind an der Tagesordnung. Die Kinder werden in diesen Familien mit einer formalen Strenge erzogen, die wenig Bemühen einschließt, den Jugendlichen Einsicht in Verbote zu vermitteln. Die Jugendlichen entsprechen in ihrem Sozialstatus nicht den Normen der Gesellschaft. Als entlassene Strafgefangene, ungelernte Arbeiter, Sitzengebliebene oder Hilfsschüler sind sie Objekte gesellschaftlicher Diskriminierung. Sie empfinden dies zum Teil sehr sensibel und wenden diese Diskriminierung, indem sie von sich aus jede Norm der Gesellschaft ablehnen.

Um diesen jungen Menschen aufgrund ihrer Verhaltensweisen ablehnend gegenüberzustehen, müßte man der Meinung sein, sie seien in der Lage, sich anders zu verhalten, handelten jedoch aus niedrigen Beweggründen nicht so. Unsere Einschätzung war immer eine andere: Wir sahen sie als Produkt ihrer Umgebung. Will man ihnen helfen, so muß man sich erst einmal auf ihre Seite stellen. Dies kann geschehen, indem man ihnen Zuwendung gibt, sich mit ihren Problemen auseinandersetzt, und nicht zuletzt durch materielle Hilfe, z. B. durch Anmietung einer Wohnung, oder ihnen zu ermöglichen, eine Existenz aufzubauen. Oft muß diese Arbeit am Rande der Legalität geschehen, denn einem entlaufenen Strafgefangenen ist nicht geholfen, indem man ihn der Polizei ausliefert, und manchem Trebemädchen nicht, indem man es wieder nach Hause schickt.

Unsere Arbeit bestand vor allem darin, den Jugendlichen Gesprächspartner zu sein, nicht Aufpasser. Wir haben sie zum Arzt, zum Gericht, zur Berufsberatung begleitet, rechtzeitig vom Urlaub ins Gefängnis zurückgebracht, zu Hause, in der Schule, auf der Arbeitsstelle ein Wort für sie eingelegt und nicht zuletzt auch mit ihnen gefeiert oder Ausflüge unternommen.

Uns wurde vorgeworfen, daß wir keine Gruppenarbeit mit diesen Jugendlichen gemacht hätten, daß wir keine festen Regeln aufgestellt hätten, daß nicht genug Disziplin in unserer Arbeit wäre. Man hat uns die Zerstörungen, die im Laufe der Zeit im Jugendheim aufgetreten sind, vorgeworfen, den Lärm, die Unruhe und den Schmutz, die unsere Arbeit begleiteten. Die positiven Prozesse der Jugendlichen jedoch, die man nur verfolgen kann, wenn man sich regelmäßig mit ihnen beschäftigt, hat man nicht bemerkt.

Und die Jugendlichen haben sich positiv verändert. Sehr deutlich sieht man das am Verhalten derjenigen, die neu zu uns ins Heim kamen. Diejenigen, die schon länger mit uns zusammen sind, üben bereits einen guten Einfluß auf Neuhinzugekommene aus. Viele haben nach einem Jahr ihre Situation verändert, daß man jetzt hoffen kann, sie werden ihr Leben bewußter leben. Aber noch haben wir nicht gezug Zeit gehabt. Auch wird die Arbeit eigentlich nie abgeschlossen sein.

Für diese Arbeit braucht man einen Träger, der wesentlich mehr Geduld hat - vielleicht auch mehr finanziellen Atem, als es unser Gemeindekirchenrat hatte, der innerhalb eines bestimmten Zeitraumes ein bestimmtes Ergebnis, nicht zuletzt christlicher Natur, sehen wollte. Vielleicht sollte eine solche Arbeit nicht von einer einzelnen Gemeinde, sondern von

einem Kirchenkreis getragen sein, so daß eine einzelne Gemeinde mit dieser Arbeit nicht überfordert ist.

Auf jeden Fall kann man sagen, daß in diesem Milieu eine nur halb betriebene Arbeit,die sich auf sporadische Kontakte beschränkt, wenig Sinn hat. Dies ist jedoch der Fall bei der geschlossenen Arbeit, die die Genezareth-Gemeinde jetzt beschlossen hat. Der Kontakt bei gelegentlichen Gruppenzusammenkünften ist viel zu dürftig und erfaßt die Jugendlichen nicht in ihrer gesamten Problematik. Darüberhinaus ist anzunehmen, daß sich die beschriebenen Jugendlichen nicht in eine normale Gruppenarbeit einbeziehen lassen und damit der Kontakt wahrscheinlich ganz aufhört. So sind diese Jugendlichen dann zwar für die Kirche n icht mehr vorhanden, wohl aber immer noch gesamtgesellschaftlich betrachtet. Man kann jedoch unserer Meinung nach ein Problem, zu dessen Bewältigung man nicht in der Lage ist, nicht auf diese Art und Weise "hinwegorganisieren". Man hat uns vorgeworfen, wir wären von der Situation im Jugendheim überfordert. Warum unterstützt man uns dann nicht bei der Arbeit?

Ein besonderes Problem stellen im Bereich der Genezareth-Gemeinde die jugendlichen Trebegänger dar. Mit dieser speziellen Problematik befaßt sich der folgende Beitrag:

Im Sommer trat zum erstenmal das Problem der Trebeleute im Bereich des Jugendheimes Schillerpromenade auf. Wir wußten schon vorher, daß es etwa 4000 Treber in Berlin geben sollte, aber das war nur eine Zahl. Jetzt wurden wir praktisch damit konfrontiert. Ein Teil der Trebegänger waren entlassene Strafgefangene: Alphons, Blacky, Harry, Bernd und Achim. Ein anderer Teil war wegen der Probleme und Streitereien zu Hause auf Trebe,wobei die einen von zu Hause rausgeworfen worden, andere von zu Hause weggelaufen waren. Dazu gehörten Patti, Fusel, Gaby, Jörg, Bernd, Spooky, Norbert, Major und Maria. Das waren über 12 Trebeleute von etwa 30 Jugendlichen, mit denen wir durch unsere Arbeit im Jugendheim in Kontakt standen. Als wegen einer der Trebemädchen eine Fahndung lief, lächelte die Polizei die Mutter nur müde an: "Wir haben 33 Jugendliche in unserem Revierbereich, die auf Trebe sind!"

Wir waren ziemlich verzweifelt, weil wir nicht wußten, wohin mit ihnen. Selbst wenn wir alle, die noch nach Hause konnten, zurückgeschickt hätten, ohne zu bedenken, was sie dort erwartete, wäre immer noch die Hälfte ohne Wohnung gewesen. Außerdem taten sie es doch nicht - wie etwa Maria, von der ich später hörte, daß sie nächtelang allein durch die Straßen gelaufen war, nachdem ich sie nach Hause geschickt hatte. Auch konnten wir einige wirklich nicht mit gutem Gewissen nach Hause schicken, so z. B. G., die schon oft Schläger mit dem Feuerhaken bekommen hatte und zu uns ins Jugendheim mit blauen Flecken kam. Andere hatten einen Dauerstubenarrest oder Beschimpfungen zu erwarten, was vielleicht nicht weniger grausam ist. Eine Mitarbeitern der Gemeinde nahm vorübergehend zwei Treber auf, die andere Erzieherin einen. Der Rest der Treber verbrachte, meist gemeinsam, die Nächte auf Dachböden, im Freien (z. B. im Park Lessinghöhe), brachen auch manchmal irgendwo ein, so im Jugendheim, und schliefen dort. Der eine oder andere hatte das Glück, bei einem Freund schlafen zu können, bis die Mutter dahinter kam. Einmal brachte einer sogar einen Lastwagen mit, in dem alle schliefen, bis die Polizei sie dort aufgriff.

Endlich bekamen wir in Kreuzberg eine Zwei-Zimmerwohnung.Sie sollte als erster Alphons bekommen, es war so abgemacht. Seine Mutter war auch bereit, den Mietvertrag zu schließen, da er erst 17 Jahre alt war. Wir waren sehr froh, Alphons auch. Er beschloß jedoch, gleich Blacky mitzunehmen, es waren ja zwei Zimmer.Ein paar Tage wohnte er auch allein mit Blacky dort. Dann kamen all die anderen, die noch keine Wohnung hatten, allmählich nach. Zum Schluß waren es an die 10 Treber, die sich in den zwei Zimmern zusammendrängten.An Ordnung und regelmäßige Arbeit war in der Situation natürlich nicht zu denken. Aber Alphons war der Meinung, man könne die "Kumpels", die ihm immer geholfen hätten, nicht hängen lassen. Nach etwa einem Monat wurden Alphons durch die Polizei, die der Hauswart hatte kommen lassen, die Schlüssel abgenommen: Unbefugte Benutzung der Wohnräume.

Als sie alle wieder auf der Straße standen, war es schon Oktober und gerade eisig kalt. Zwei Mädchen, die den ganzen Abend, während wir im Jugendheim Dienst hatten, auf der Parkbank saßen, weil sie Angst hatten, ihre Eltern würden sie im Jugendheim suchen, mußte ich schleunigst bei Bekannten unterbringen. Die eine war bereits stark erkältet, die andere hätte sich sicher etwas geholt in dieser Nacht. Damit waren aber unsere Möglichkeiten erschöpft. Es blieben etwa 7 zurück, die nicht wußten, wo sie schlafen sollten, die jedoch lieber die Kälte ertrugen, als nach Hause zu gehen. Sie brachen kurzerhand in eine Wohnung ein, von der sie wußten,daß sie leer stand, weil die neuen Mieter noch nicht eingezogen waren. Aufgrund dieser Besetzung kam es zu schweren Konflikten mit den Mietern der Wohnung, die jedoch so gelöst wurden, daß sie dort erst einmal bleiben durften, die Miete zahlen,und sich dann eine neue Wohnung suchen sollten.

Die nächste Zeit wurde vor allem durch den Geldmangel in der Gruppe chaotisch. Es mußte ja jetzt für Miete und Essen gesorgt werden. Die Gruppe setzte sich aus zwei Schülerinnen zusammen, die natürlich gar kein Geld bekamen, zwei Lehrlingen mit geringem Einkommen und zwei ehemaligen Strafgefangenen, die noch erhebliche Schwierigkeiten hatten, regelmäßig zur Arbeit zu gehen. Die Miete kam so nicht zusammen. Das Sozialamt weigerte sich, die Schüler und Lehrlinge zu unterstützen, bei den Strafgefangenen gingen sie sowieso davon aus, daß diese ja arbeiten gehen könnten. Die Sozialarbeiter sagten den Jugendlichen auch, sie hätten Anweisung "von oben", nichts auszuzahlen.

Die Gruppe mußte also wieder die Wohnung verlassen bis auf einen, der in die neue Gruppe, die dort einzog, integriert wurde. Zwei gingen aus Verzweiflung wieder nach Hause, nahemn dort alles in Kauf, ein Mädchen zog zur Großmutter, einer vorübergehend auf den Dachboden, ein Mädchen erhielt eine Zeitlang bei einem Bekannten Quartier. Von den anderen, die nicht in dieser Wohnung waren, haben wir einige ganz aus dem Blick verloren - einer soll wieder im Gefängnis sein. Einer der Strafgefangenen bekommt jetzt endlich finanzielle Unterstützung, weil er wegen der augenblicklichen Rezession nachweisen kann, daß er arbeitslos ist. Ein Mädchen jedoch, daß bei einem Bekannten wohnt, bekommt immer noch kein Geld, weil sie sich dort nicht anmelden kann, aber die Sozialarbeiterin weiß, daß sie wo anders gemeldet ist. Sie wird deswegen die Wohnung auch bald wieder verlassen müssen.
Im Frühjahr und Sommer müssen wir mit ähnlichen Problemen rechnen. Wir wollen jedoch dann besser vorbereitet sein. Wir brauchen unbedingt Räume, in denen wir, zumindest bis wir reguläre Wohnungen gefunden haben, Treber unterbringen können.

Bericht der Jugendlichen

Der Sachverhalt

In unserem Jugendheim in der Schillerpromenade, wo wir jeden Tag von 4 bis 10 Uhr waren, sind einige Sachen kaputtgegangen. Wir haben aber alles versucht, um das abzustellen und haben dem Gemeindekirchenrat Konzessionen gemacht, damit die Pfaffen nicht das Jugendheim schließen. Wir haben ca. 6 Wochen mit den GKR-Typen diskutiert und haben immer Vorschläge gemacht, die aber alle abgelehnt wurden. Als Antwort hörten wir nur immer: Ab 1.April wird geschlossen und renoviert. Es muß eine Denkpause bis September eintreten. Danach können nur noch Gruppen in das Jugendheim, wir können ja auch an Gruppen teilnehmen. Diesen Zwang lehnten wir ab und der gute Wille der Pfaffen bestand dann darin, daß wir nach der Schließung (!!!) Vorschläge machen sollen, was nun werden soll mit der Gruppenarbeit und so. Die letzte Diskussion war diesen Dienstag, sie ging bis halb 11. Um 11 wurden unsere beiden Sozialarbeiterinnen, die sich mit uns 100 % solidarisieren, fristlos gekündigt, mit der Folge, daß daraufhin das Jugendheim sofort geschlossen wurde, da ja jetzt keine Aufsicht mehr da ist. Das stand aber schon vor der Diskussion fest.Die Pfaffen sagten, daß das wirklich nichts mit uns zu tun hat, nur sie könnten den Sozialarbeitern nicht mehr vertrauen.Sie seien unfähig. Dabei haben gerade die beiden so viel für uns getan. Sie haben welche von uns, die auf Trebe waren, bei sich aufgenommen und ernährt, bis sie für uns Wohnungen und Arbeit besorgt haben. Alles lief auf ihren Namen. Sie redeten gut für uns auf Gerichten, besorgten kostenlos Rechtsanwälte und besuchten Kumpels von uns im Knast, die früher auch im Jugendheim verkehrten. Deshalb dürfen wir es nicht zulassen, daß die Entlassungen aufrechterhalten werden. Als es noch kein Jugendheim gab, saßen die Jugendlichen jeden Abend nach der Arbeit zu ca. 80 Mann auf der Schillerpromenade rum und tranken Bier. Vor lauter Langeweile kamen sie auf dumme Gedanken, zettelten Schlägereien an, schlugen Lokale auseinander und demolierten andere Jugendheime. Sie machten Raubüberfälle, Einbrüche und stahlen Autos. Über die Hälfte kam in den Knast. Als dann das Jugendheim öffnete, hörte das alles auf. Und das war das Verdienst vom GKR. Er rettete viele Jugendliche vor dem Untergang. Und jetzt will derselbe GKR die Jugendlichen wieder zurückstoßen ins Straßenmilieu und in die Kriminalität. Kann das überhaupt eine Institution, und dann noch eine kir chliche, verantworten. Und wenn behauptet wird, es soll durch die Gruppen besser werden, weil im Jugendheim nur gegammelt wird, dann ist das eine klare Lüge. Wir haben mit unseren beiden Sozialarbeiterinnen Theaterbesuche gemacht, gingen zu Fußballspielen und spielten auch selber, besuchten Kinos, sahen im Jugendheim Filme und fuhren im Sommer immer alle übers Wochenende zelten. Außerdem hatten wir im Jugendheim eine Fotogruppe, eine Skatgruppe, eine Rommegruppe und kochten des öfteren für uns alle Essen. Alle 14 Tage Freitags hatten wir Tanzveranstaltungen, bei denen es zu essen und zu trinken gab. Wir besorgten uns alles, was man dafür braucht, selbst, und bekamen keinen Pfennig für Schallplatten oder anderes vom GKR. Der Gewinn, der dabei erzielt wurde, wurde für unsere Gruppen und für Schädenrenovierung im Jugendheim ausgegeben. Am Mittwochnachmittag gingen alle Jugendlichen, die auch sonst oft da waren, trotz Verbot ins Jugendheim, um ihre Rechte durchzusetzen. Auf Aufforderungen von Seiten der Polizei, das Jugendheim zu verlassen, reagierten wir nicht.

Nach ein paar Stunden stürmte die Polizei das Jugendheim und zog die Mädchen, 12 bis 18 Jahre alt, an den Haaren heraus. Die Jungen wurden mit dem Gummiknüppel rausgeprügelt. Draußen wurden sie dann mit Hunden gejagt und weiter zusammengeschlagen. Da dachten wir uns: Wenn wir es alleine nicht schaffen, dann rufen wir unsere Freunde, Arbeitskollegen und andere Jugendheime an, damit uns genug Leute unterstützen. Es war ein ständiges kommen und gehen. insgesamt folgten etwa 5oo Leute unserem Hilferuf.

Nur schade, daß nicht mehr Leute aktiv mitmachen und die ganze Zeit oder solange wie möglich bleiben. Die Leute kamen auch aus so entfernten Bezirken wie Kladow, Spandau, Lankwitz und Zehlendorf. Wir hoffen, daß die Solidarität mit uns noch wächst, denn sie muß wachsen, wenn wir unser Recht erhalten wollen. Morgen kann es Euch genauso gehen. Nun zurück zur Besetzung. -
Wir drangen anfangs mit ca. 7o Mann ein. Viele standen aber draußen. Wir verrammelten alles notdürftig und zogen Stacheldraht. Einen Eingang ließen wir offen, durch den ein ständdiges Kommen und Gehen herrschte. Zeitweise waren weit über 2oo Personen im Jugendheim selber. Um Neun verhandelten zehn von uns Jugendheimbesuchern mit dem G K R . Dabei machte uns der G K R ein Angebot, was absolut unakzeptabel ist.

1. Jeweils 1o Mann von uns dürfen das Jugendheim renovieren. Mittel dafür müssen von uns kommen.
2. Uschis und Monis Kündigung bleibt bestehen.
3. Klubausweise werden ausgegeben mit Lichtbild, Duplikat bekommt die Heimleitung. Außerdem Hausordnung.
   1. Hausverbot bei Vergehen, das kann ja so ausgelegt werden wie die wollen.
   2. Angetrunkene und Schläger haben keinen Zutritt. Auch das ist relativ.
   3. Haftung bei Schäden.
   4. Nach der Renovierung ist das Jugendheim wie bisher 2 Tage offen , 3 Tage Gruppenarbeit.

Unten wurde dieses Angebot vorgetragen und einstimmig abgelehnt. Wir arbeiteten dann ein Angebot unsererseits aus.

1. Kündigungen müssen zurückgenommen werden!
2. Wir wollen renovieren.
3. Es muß wie bisher alle fünf Tage offensein
4. Gruppenarbeit kann nebenbei laufen, da genug Räume da sind.

Das wurde nach einer Beratung vom GKR abgelehnt. Ca. 3o-4o Mann blieben über Nacht dort. Viele mußten morgens zur Arbeit oder zur Schule. Um 11.3o Uhr am nächsten Tag kamen dann 8oo Bullen, 15 Berittene, zwei gepanzerte Wasserwerfer und Hundestaffeln. Die Jugendlichen ließen sich ohne Widerstand rausschleppen und wurden ein paar Ecken weiter freigelassen. Wir müsen jetzt überlegen, was wir nun machen.

Verantwortlich für den
Inhalt: Die Jugendlichen der
Schillerpromenade

MIETERINITIATIVE SANIERUNGSGEBIET KLAUSENER PlATZ (Charlottenburg)

Di. 19.3.74 19 Uhr Mieterversammlung Seelingstr.14 (Laden)
Mieterberatung Fr. 17.3o - 19.3o ebenfalls dort

FRAUEN - §218 - GO IN - SFB 11

Am Montag,d.11.3. sollte der Film über die öffentliche Abtreibung der 14 Ärzte,der eine Unterstützung der Forderung nach Abschaffung des §218 ist,in Panorama gezeigt werden.
Im Rahmen der nationalen Aktionswoche,die von den Frauenorganisationen in allen Großstädten durchgeführt wurden, um ihre Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 an die Öffentlichkeit zu tragen,sollte im Frauenzentrum Theater gezeigt werden.Wir wollten uns stattdessen den Film über die Abtreibung gemeinsam ansehen.Wir erfuhren dann auch bald,daß er abgesetzt worden war.
Frauen aus dem Frankfurter FZ: "Die Einmischung der Kirche hat das Informationsrecht von Millionen Frauen rücksichtslos unterdrückt."Angesichts der massiven "Proteste" (gegen die) Ausstrahlung des Films,vor allem von Kirche und CDU/CSU wurde eine Schaltkonferenz der ARD-Intendanten einberufen,bei der sich nur 2 der Intendanten für die Ausstrahlung des Films im ARD-Programm entschieden.
Kardinal Döpfner erstattete beim Hamburger Generalstaatsanwalt Anzeige gegen den Abtreibungsbeitrag in Panorama und bat um rechtliche Maßnahmen vor der Sendung. Die CDU-Abgeordnete L. Berger meinte:"Die Ausstrahlung des Films Wäre eine grobe Instinktlosigkeit!"
-Doch gesehen hatte kaum einer den Film,bevor er sich darüber äußerte!!
Wir überlegten im Frauenzentrum sofort,was wir machen könnten. Viele Fauen waren so sauer über die Absetzung,daß sie gleich was unter nehmen wollten.Als erstes schickten wir ein Solidaritätstelegramm an Merseburger und sein Team,die sich geweigert hatten,die Sendung zu moderieren. Gleichzeitig gaben wir darin unsere Empörung über die Absetzung kund.An diesem Abend ging eine große Zahl von Protesten gegen die Absetzung des Films beim NDR ein.
Wir beschlossen,dem SFB am Dienstag einen Besuch abzustatten.Es kamen am nächsten Tag etwa 150-200 frauen und auch Männer zum Treffpunkt am Theodor-Heuss-Platz.Die Schule für Erwachsenenbildung hatte sich in großer Zahl solidarisiert.Im SFB zogen wir alle in den Sitzungssaal der Redakteurkonferenz.
Die Resolution wurde vorgelesen und Barsig zu einer sofortigen Stellungnahme aufgefordert.
Außerdem verlangten wir,daß unsere Forderung nach Ausstrahlung des Films der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollte.Eine Möglichkeit war,"Barsigs Live-Sendung 'Echo am Mittag'",die bald laufen sollte.
Barsig und einige andere SFB-Typen hattensich inzwischen verdrückt. Uns schien das Versprechen,um 14 Uhr ein Gespräch mit ihm zu haben, recht fragwürdig.Deshalb entschloss wir uns,die Gänge um das Studio,in dem die Mittagssendung laufen sollte,zu bevölkern,damit er uns nicht entwischt.Wir forderten Barsig vor dem Eintritt in das Studio nochmal auf,unsere Resolution in de der Sendung zu verlesen.-Was er natürlich nicht tat!Nach der Sendung versuchte er mit seiner 'Leibgarde' einen Weg durch die Menge zu bahnen.Wir begegneten ihm mit einem nochmaligen Vortragen unserer Forderungen und Sprechchören.Dann marschierten wir singend:"Ohne uns Frauen keine Revolution,wir müssen kämpfen,gemeinsam schaffen wirs schon;Frauen auf die Barrikaden, kämpfen wir für unser Recht,Kapitalisten wir kommen,zieht die Schwänze ein,sonst gehts euch schlecht!!"
Die Gänge entlang,an Bullen vorbei ins Erdgeschoß-Forum.Inzwischen hatten die Bullen uns des Hauses verwiesen,Wir versicherten uns nochmal der Zusage des 14-Uhr-Diskussionstermins und hauten ab.
50 Leute abgezählt durften um 14 Uhr wieder rein und nahmen Platz in einem großen Sitzungssaal.
Die 'diskussion!' fand mit Barsig und einigen anderen SFB-Mitarbeitern statt.Die Presse war auch da.(Als

wir vorher im Haus unsere Resolution verteilten,wurde uns von den SFB-Mitarbeitern überwiegend freundliche Solidarität entgegengebracht.- Man hatte den Eindruck,sie freuten sich,daß Barsig endlich mal eins auf den Deckel bekam) .

Auf unserer'gemeinsamen Sitzung' zitterte er dann auch ganz schön. Er war sich seiner Sache,die er verzapft hatte,wohl doch nicht so sicher!
Eine Frau trug nochmal unsere Forderungen vor.Dann hörten wir uns kurz das geschwätz(Stellungnahme) von Barsig an.Seine 'Argumente'für die Absetzung des Films:1.Gefährdung Minderjähriger,da vor 21 Uhr gesendet.2.durch die Darstellung der Absaugmethode - Verharmlosung der Abtreibung.Das reichte uns!Wir standen geschlossen auf und erklärten,daß eine Diskussion zwischen Barsig und und wohl sinnlos sei;wir gaben die Empfehlung,diese zwischen Barsig und seinen Mitarbeitern zu führen. Verdutzte Gesichter verfolgten uns beim Hinausgehen.
Am Freitag dem 15.3. sollte der Film dann doch im 3. Programm von NDR,SFB und Radio Bremen gezeigt werden.Dies Mal um 21 Uhr.Doch in Berlin wurde er wieder abgesetzt! Gegen die erneute Absetzung wurde wiederum Protest erhoben.Barsig brachte wieder das'Argument'der Verharmlosung an,weil die Zuschauer nicht umfassend über die verschiedenen Methoden informiert des Schwangerschaftsabbruchs informiert wurden.
Doch darum sollte es ja gar nicht gehen,es sollte informiert werden über eine,bisher in der BRD nicht angewandte Methode der Abtreibung, die inzwischen erwiesenermaßen ungefährlicher ist als die üblichen Methoden.-doch daran haben Typen wie Barsig kein Interesse.- Das ist dann die sogenannte Informations- und Meinungsfreiheit!

KIRCHENAUSTRITT

DIESE VORFÄLLE SIND MAL WIEDER ANLAß GENUG,UM ENDLICH AUS DER KIRCHE AUSZUTRETEN!!!!!

In Frankfurt haben die Frauen letzte Woche zu Massenaustritt aus der Kirche aufgerufen.Es sind dort schon 200 Frauen und Männer ausgetreten! In Berlin sind es bis jetzt 20.
Die Frauenaktion 218 :"Tretet aus den Kirchen aus,setzt euch für die Abschaffung der konfessionellen Schulen,Kindergärten und Krankenhäuser ein, denn die Kirche mobiliesiert Zehntausende,ein Gesetz aufrechtzuerhalten, das unzählige Frauen in die Kriminalität treibt."

JEDEN FREITAG UM 10 UHR TREFFEN SICH ALLE FRAUEN UND MÄNNER DIE KOLLEKTIV AUS DER KIRCHE AUSTRETEN WOLLEN AM FRAUENZENTRUM IN DER HORNSTR.2!!!!!!!!!!!!

Kampf um ein Jugendwohnkollektiv in Kreuzberg

"Wir fünf sollen auf Trebe gehen!Unsere Situation:wir hausen zu fünft in einem Zimmer und kriegen keine Wohnung gestellt.Seit 3 Monaten verhandeln wir mit dem Bezirksamt. Obwohl eine Wohnung vorhanden ist,wird es dauernd mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt, sie unszu geben.Wir wollen n nicht auf Trebe,sondern regelmäßig zur Schule und zur Arbeit gehen.Was hat das Bezirksamt dagegen???Wir fordern:Die Wohnung in der Oranienstr, 47 über der 'Stiege'!!!" (Flugblatt)
Trotz Flu gblattaktion und P Pressekonferenz wurde diesen 5 Jugendlichen im Alter von I4 bis 2o Jahren,die aus Heimen oder von zu Hause abgehauen sind,am Donnerstag vom Bezirksamt Kreuzberg mitgeteilt daß die Wohnung in der Oranienstr. an eine Obdachlosenfamilie vermietet worden ist,obwohl der Antrag auf diese Wohnung schon lange läuft(3Monate).Da Stadtrat Beck zur Verhandlung immer

Forts. S. 15

Situationsbericht des Schöneberger Jungarbeiter und Schülerzentrums vom I4.3.74

Nachdem durch ein Großfeuer die Räume des Jugendfreizeitheims in der Belziger Str. zerstört worden sind, hatten die Kinder, die sich täglich auf dem Gelände aufhalten, keine Räume mehr. Kurz danach wurden Räume leer, die durch den Brand nicht oder nur geringfügig geschädigt waren. Ungefähr 3o Kinder aus der Umgebung, die eine feste Gruppe bilden, nahmen sich daraufhin einen leerstehenden Raum in der Mittelbaracke. Sie renovierten den Raum, heizen und halten sich täglich dort auf.
Die Kinder werden von einer Studentengruppe betreut, die sich als Teil des Jugendzentrums begreift. Mit den Kindern werden nicht nur fromme Spiele gemacht, sondern es wurde mehrmals ein Kindertheater besucht, Abenteuerspielplätze besichtigt, Kontakte zu anderen Kindergruppen aufgenommen und die Kinder wurden bei den Schularbeiten unterstützt.
Die Kinder nahmen am Donnerstag, dem 7.3.74 an einem Go-in beim Bezirksamt Schöneberg teil und vertraten dort ihre Forderungen gegenüber einem Vertreter des Bezirksamts.
Am Dienstag stellten die Kinder auf einer Sitzung des Jugendwohlfahrtausschusses ihre Forderungen nochmals klar dar.
Trotz der sinnvollen Arbeit mit den Kindern will, das Bezirksamt die Räume der Mittelbaracke abreißen lassen. In noch nicht absehbarer Zeit soll eine mobile Kindertagesstätte entstehen. Uns, den Betroffenen, wurde aber bis jetzt noch nicht mitgeteilt, wann die mobile Kindertagesstätte entstehen soll, welcher Platz dafür benötigt wird, ob die Pläne dafür vorhanden sind und ob die Finanzierung gesichert ist. Für unsere Kinder soll in der Goltzstraße eine Ladenwohnung von 168 qm angemietet werden. Diese verschlingt im Jahr allein lo ooo DM an Mietkosten. Hinzu kommmen Kosten für Renovierung und sonstige Nebenkosten.

Wir haben eine billigere Lösung !

Nach einem Architektenurteil kostet die Wiederinstandsetzung der beschädigten Teile der Mittelbaracke ca. 2 ooo DM. Mietkosten entfallen, da die Räume dem Bezirksamt gehören. In der Ladenwohnung soll wieder ein Heimleitung des Bezirksamtes angestellt werden. Das wollen die Kinder aber nicht, denn sie haben schon genug Erfahrungen gesammelt, wie so eine "Betreuung" aussieht,
Wie schon geschildert, handelt es sich um eine feste Kindergruppe. Wir halten es für pädagogisch unverantwortlich, diese Gruppe auseinander zu reißen. Dies würde geschehen, wenn die Kinder zu dem Laden in der Goltzstraße gehen müßten der viel zu weit entfernt ist. Dies Argument kann auch nicht dadurch entkräftet werden, daß vom Bezirksamt gesagt wird, die Kinder sollten mal "Trimm Dich" spielen.

Was bedeutet der Abriß für das SJSZ ?

Es ist abzusehen, daß die Kinder sich weiterhin auf dem Gelände und in den Räumen des SJSZ aufhalten werden.
Das SJSZ soll nach Auszug der geistig behinderten Kinder die Steinbaracke erhalten. Diese hat zwei Gruppenräume. Durch den Abriß der Mittelbaracke geht dem SJSZ ein Raum verloren. Das bedeutet, daß nur ein Raum mehr vorhanden sein wird. Um diesen einen Raum sollen sich dann wohl die Kinder und Jugendlichen prügeln. Um uns kaputt zu machen, will das Bezirksamt entweder die Kinder und Jugendlichen auf engstem Raum zusammenlegen oder Kinder und Jugendliche trennen. Außerdem wird durch die Abrißarbeiten der große Saal so beschädigt, daß er auf längere Zeit nicht benutzbar ist, denn den "schnellen" Wiederauf-

bau durch das Bezirksamt kennen wir zur Genüge.
Das lassen wir uns nicht gefallen!

Letzter Verhandlungsstand vom Freitag, den 15.3.74 : Das Bezirksamt will nach wie vor abreißen lassen.

Wir brauchen die Mittelbaracke!
Denn die Kinderarbeit ist ein Projekt des SJSZ.
Um diese Arbeit durchführen zu können, fordern wir:

KEIN ABRIß DER MITTELBARACKE!
ANERKENNUNG DER KINDERARBEIT ALS PROJEKT DES SJSZ!
DAS GELD DES EHEMALIGEN JUGENDFREIZEITHEIMS FÜR UNSERE KINDERARBEIT!

Resolution

Die anwesenden Dozenten und Studenten der Informationsveranstaltung zur Rahmenstudienordnung am 15.3.74 um 19 Uhr in der TU unterstützen die Forderung der Kinder und Jugendlichen des SJSZ (Schöneberger Jungarbeiter und Schüler Zentrum) Belziger Str.4 -6.
- kein Abriß der Mittelbaracke -
Sie sind mit dem SJSZ der Meinung, daß die Räume mit wenig Geld wieder hergerichtet werden können und für die Kinder erhalten bleiben müssen. Wir verurteilen die Politik des Bezirksamts, nutzbare Räume zu vernichten, ohne eine für die Kinder vertretbare Alternative anzubieten.

Mehrheitlich angenommen, anwesend ca 2oo Leute

Die Bürgerinitiative Westtangente in Schöneberg
hat sich mit den Forderungen des Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrums solidarisiert:
Kein Abriß der Mittelbaracke!

DRUGSTORE
Stadtrat Schmidt kommt wegen Finanz-Verhandlungen mit Drugstore und SJSZ
Freitag, 22.3. um 2o.oo uhr

„VOLKS-MUSIK" spielt am 22., 23. und 24. März im Quartier Latin ab 20.30 Uhr die Polit-Rock-Show „Morgens um 7 – abends um 8" und anschließend eine Rock-Session.

PUTTE: JUSOS AUSGESCHLOSSEN!
Die Forderung der Jugendlichen der Putte nach einem langjährigen Nutzungsvertrag für ihr bisheriges Haus ist von den Jusos unterlaufen worden. Die Jusos, die bisher in der Bürgerinitiative Putte mitgearbeitet haben, sind letzte Woche von den Jugendlichen ausgeschlossen worden, da sie hinter ihrem Rücken mit dem Bezirksamt einen Nutzungsvertrag über unzumutbare Ersatzräume abgeschlossen haben.
TERMINE:
- um geeignete Maßnahmen gegen die geplante Räumung der Putte am 31.März zu diskutieren, ist ein wöchentliches Treffen angesetzt worden, das jeden Dienstag um 19 Uhr in der Putte (Rügenerstr.) stattfindet.
- am 29. 3. findet im Audi Max der TU um 19.30 Uhr eine Infoveranstaltung statt, auf der auch die Ton-Steine-Scherben spielen werden.
- am 30. 3., 12.30 Uhr, findet eine Demonstration statt, um mit der ganzen Bevölkerung die Erhaltung der Putte zu fordern. Treffpunkt: Putte.
- am 31.3. findet in der Putte ein großes Kinder-/Elternfest und eine Fete statt- also ein Fest für alle.

CHILE SCHALLPLATTE

Wir sind eine Gruppe von jungen Arbeitern und Arbeiterinnen im Georg-von-Rauch-Haus. Seit dem Militärputsch berichten wir in Betrieben und auf Informationsveranstaltungen über die Situation in Chile. Neben Spendenaktionen überlegten wir uns, wie wir den Kampf für ein sozialistisches Chile weiter materiell unterstützen können. Ein Genosse verfasste einen Text und wir machten gemeinsam ein Lied daraus. Dieses Lied spielten wir auf Informationsveranstaltungen vor. Da die Resonanz gut war, beschlossen wir, dieses Lied auf eine

Schallplatte zu bringen. Wir sind materiell vom Betrieb abhängig, und deshalb finden wir es auch am wichtigsten, dort den Kampf zu führen. Wir finden es falsch, von Musik zu leben, auch wenn sie politisch ist. Musik ist eine Waffe, z.B. zur materiellen Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Chile und zur Agitation und Information. Neben dem Lied sind auf der Platte Originalinterviews (mit Übersetzungen), die ein mexikanischer Reporter im Leichenschauhaus und vor dem Nationalstadion in Santiago gemacht hat. Der Gewinn dieser Platte wird nach Chile gehen.(Über das Komitee "Solidarität mit Chile" in West-Berlin.)Der Solidaritätspreis beträgt 4 Mark. Die Platte ist über die linken Buchläden zu beziehen.

Wohnkollektiv/Forts.v. S.12

andere Amtskollegen vorschickte statteten die Jugendlichen i hm am Donnerstag einen'Besuch' ab. Zwischen Tür und Angel stellten die Jugendlichen einige peinliche Fragen an Beck,der nervös wurde und sich herauszureden versuchte.Außerdem verunsicherte ihn das 'aufdringliche' Fotografieren eines Jugendlichen total.
Inzwischen wurde bekannt,daßdas Bezirksamt weitere leerstehende Wohnungen bereithält,die aber laut eines Beschlusses der Bezirksverordnetenversammlung nur an obdachlose Familien vermietet werden dürfen.Die Jugendlichen selbst gehören aber durchaus zu diesem Personenkreis (das bestätigten in Gesprächen auch Stadtrat Beck und Herr Oys von der Familienfürsorge Kreuzberg).
Wie können wir die Genossen unterstützen?
- Solidaritätsadressen an di e Wohngemeinschaft in der Admiralstr. 37 I.Stock links
- Ruft Stadtrat Beck Tel: 6I4 I566 an und unterstützt die Forderungen der Jugendlichen!

Punkt I: Büro
Das Büro soll wechselseitig v on den verschiedenen Gruppen übernommen werden.Zur Renovierung haben sich 3 Genossen gemeldet.
Der Telefondienst soll zu Gunsten der arbeitenden Genossen auf I8-2o Uhr verschoben werden.
gesucht werden noch:
Lineale,Bleistifte,Schreibmaschienen,Scheren - alles was so in einem Büro gebr aucht wird.

Punkt 2: INFO
Zur Zeit erscheint das INFO in einer Auflagehöhe von Iooo Exemplaren.Sonntag abend ist Redaktionsschluß.Das Zusammenlegen kann für 26DM bei einer Pfalzerei gemacht werden.Der Vert rieb läuft bis jetzt über linke Buchläden.Der Eigenverk kauf von Gruppen muß stärker initiiert werden.
Kritik am INFO:Nr. I ist besser als Nr. 2,da mehr Berichte von arbeitenden Gruppen drin sind. Außerdem mehr Termine.Über di e Zeitungsberichte gab es 2 unterschiedliche Standpunkte:die Ausschnitte geben wichtige Informationen wieder-die Genossen lesen die FR sowieso,und das muß nicht noch mal ins INFO.
Die Dreiteilung 'Termine,Beri chte,Theoriediskussion'müßte stärker durchgehalten werden. Es soll auf d ie Dauer so berichtet werden,daß Verallgemeinerungen möglich sind.
Eine Genossin vom ID sprach sich dafür aus,die INFOs zusammenzulegen(ID=Informationsdienst für die Verbreitung unterbliebener Nachrichten.)

Punkt 3: Putte
Neueste Entwicklung S.14

Punkt 4: I.Mai
Bis auf einen Genossen haben alle für Stadtteilfeste am I.Mai anstatt einem Aufruf zur Demo gesprochen.Die Koordination der Stadtteilfeste findet auf einer Veranstaltung im Drugstore statt,die noch bekannt gegeben wird.

Punkt 5: Arbeitsgruppen
Dieser Punkt,der eigentlich der wichtigste ist,wurde kurz vor Schluß in den letzten Io Minuten abgehandelt.Der wichtigstePunkt, denn:keine Koordination derarbeitenden Gruppen ohne arbeitende Gruppen!
Zudem bemängeln mancheGenossen, daß überhaupt Theorie aufgearbeitet werden soll(!),daß Genossen, die Erfahrungen gemacht hab en, diese an andere weitergeben(!!) und daß sich mit den Klassikern (Marx,Engels usw) beschäftigt wird(!!!)
Die Konsequenzen kann sich jeder selber überlegen.

Im nächsten Plenum sollte zweckmäßiger Weise mit der inhaltlichen Diskussion über AGs,I.Mai, Putte,angefangen werden.

ZUM PLENUM

Bei den Diskussionen des Mittwochsp lenums stossen wir gegenwärtig wieder auf die alte Problematik, wie es gelingen kann, dass nicht nur die Gruppen eines Arbeitsbereichs zusammenarbeiten, sondern wie sich auch die Kooperation von Gruppen verschiedener Arbeitsbereiche entwickeln lässt.
Ein weiteres Problem ist, auf welche Weise die Individuen, die zu dem Mittwochstermin kommen, in einer der Gruppen mitarbeiten können oder sich vielleicht neue Gruppen bilden, die die Probleme des spezifischen Arbeitsbereichs genauer beschreiben und Strategien im jeweiligen Bereich entwickeln.
Für den Bereich Stadtteilarbeit wurde bereits eine Arbeitsgruppe angekündigt, die die Probleme dieses Bereichs genauer charakterisieren soll. Allerdings wird es notwendig sein, Stadtteilarbeit differenzierter zu bestimmen und in Jugend-, Kinder- oder Mieterarbeit zu unterteilen.
Hier handelt es sich nicht nur um ein beliebiges Aneinanderreihen verschiedener Bereiche, weil die Organisierung zum Fetisch geworden wäre, sondern um die Notwendigkeit, die engen Grenzen des eigenen Arbeitsbereiches zu überwinden, um auf die gesamte Gesellschaft bezogen politisch hand'lungsfähig zu werden. Wie ernst zu nehmen die Organisationsfrage und die politische Verallgermeinerung von spezifischen Erfahrungen sind, zeigt sich nicht zulezt gerade in der sog. Praxis. Warum sollen denn z.B. Jugendliche ihre Fähigkeiten entwickeln, warum sollen sie in der Lage sein, selbständig politisch zu arbeiten und nicht auf die Mutter Partei zu vertrauen, die alles schon irgendwie lösen wird. Was heisst das, auf seine eigene Kraft und die de anderen, mit denen man zusammenkämpft, vertrauen lernen. Hier muss die Notwendigkeit der Selbstorganisation etwas umfassender begründe t werden und es genügt kaum zu sagen, die Partei ist Scheisse.

Um Selbstorganisation durchzusetzen, bedarf es positiver Erfahrugen mit ihr und nicht nur immer wieder der negativen Erfahrung, dass Sebbstorganisatiom eigentlich immmer nur bedeutet, dass nichts klappt, man sich auf niemanden verlassen kann und deshalb auch seine eigenen Fähigkeiten nicht entwickeln lernt.
Daß man sich heute durch eine politische Gruppe definiert, hat zwei Seiten. Wichtig ist daran, dass man als vereinzeltes Individuum kaum handlungsfähig ist, und sich selbst auch erst verändern lernt im Kollektiv, das Verhaltensweisen korrigiert. Falsch wird die Definition durch die Gruppe erst, wenn man einer Organisation beitritt und meint, damit sei nun alles getan, die abstrakten Ansprüche und Weisungen dieser Organisation befolgt und je grösser die Organisation, desto weniger durchschaubar ist, was da oben abläuft und was das mit einem selbst noch zu tun hat. Deshalb - sich verändern und kämpfen - wirklich lernen kann man nur in kleinen Gruppen, wo es tatsächlich auf jeden ankommt, wie gut oder schlecht die Arbeit ist, die gemacht wird. Nur hält man auf die Dauer diese Kleinarbeit und die vielen Frustationen, die die Arbeit mit sich bringen, aus, wenn man sich selbst

als Teil einer Bewegung weiss und nicht nur ahnt,dass deren einzelne Gruppen ähnliche Schwierigkeiten haben, die aber gemeinsam dennoch eine gesellschaftliche Kraft darstellen und auch ein gemeinsames Ziel bestimmen können in dem Masse,wie ihre Erfahrungen zunehmen und auch ausgetauscht werden und daraus eine Strategie entwickelt wird. Schliesslich heisst - Sponti zu sein oder undogmatisch oder wie wir uns auch bezeichnen - eine Vorstellung davon zu haben, dass uns allen etwas gemeinsam ist. Aber bisher haben wir weitgehend darauf verzichtet, diese Vorstellungen auszudrücken und sie anderen zu vermitteln.
Das Mittwochsplenum ist ein Versuch, diese Schwierigkeit zu lösen. Eine Voraussetzung ist nun, dass wir uns kennenlernen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass wir uns tatsächlich in der politischen Arbeit kennenlernen und nicht nur, wenn wir über sie reden. Auch hier gilt wieder, dass wir uns aber vor allem in den kleinen Arbeitsgruppen kennenlernen, in denen jeder zu Wort kommt. Das Plenum von über 6o Teilnehmern ist dafür schon wieder zu gross. Hier sollten wir vor allem jene Fragen diskutieren, die für alle Arbeitsbereiche von Bedeutung und allgemeinpolitischer Art sind.
Ein Problem der autonomen Kleingruppen soll hier auch noch angesprochen werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese Gruppen nach geraumer Zeit, wenn sie etwa die Zahl von 2o Mitgliedern erreichen, sich nach aussen abschliessen, sich ein fester Symphatiekern herausbildet, der neu hinzukommenden in den seltesten Fällen eine Mitarbeit gestattet. Die Gruppen schliessen sich ab, es bilden sichemotionale Strukturen heraus. Man ist sich symphathisch und es bleibt für Neue kaum noch Emotionalität übrig. Diejenigen, die von der Gruppe emotional nicht angenommen werden, verlassen sehr bald wieder die Gruppe, wenn sie nicht die erhoffte Sicherheit und Geborgenheit in der Gruppe finden.Autonome Gruppen gleichen Grossfamilienmit ähnlichenhierarchischen Abstufungen. Es ist noch unklar, welche Lernprozesse in diesen Gruppenmöglich sind. Offensichtlich ist nur, dass diese Gruppen den Bedürfnissen entsprechen.
Die Indivudenkönnen in diesen Gruppen politisch sozialisiertwerden und kollektive Erfahrungen machen.
Das Individuum sollte nun in der Lage sein,die Verhaltensweisen, die es in der autonomen Gruppe erlernt, auf ähnliche Gruppen, in der es nicht arbeitet, zu übertragen. Bisher erleben wir allerdings zwischen diesen autonomen Gruppen vorwiegend Rivalität und politische Konkurrenz.
Es entsteht die Frage, wieweit eine positive politische Sozialisation tatsächlich stattfindet und nicht etwa Clan gegen Clan steht.
Voraussetzung für eine politische Entwicklung ist wohl auch das Bewußtsein davon, in welcher Richtung sich der Lernprozeß der Gruppe entwickeln soll.Bei naturwüchsiger und nicht reflektierter Gruppenentwicklung werden sicher nur kapitalistisch-hierarchisch-patriarchalische Strukturen reproduziert.so findet man die Tatsache vor ,daß die "Unteren" Gefolgsleute verbissen ihre angegriffenen Autoritäten verteidigen,ohne oftmals mit Argumenten noch dazu in der Lage zu sein. Und die Autoritäten indoktrienieren ihre Gefolgschaft wieder gegen von anderen Autoritäten beherrschte autonome Gruppen.Ob dem tatsächlich so ist,sollten wir im Plenum diskutieren.Es handelt sich nur um einen Erklärungsversuch ,warum die Zusammenarbeit zwischen autonomen Gruppen so schwierig ist -zudem um einen psychologischen.

i.f.

Neue Schule - Rockfete
Am Sa.,23.3.74 Alte TU-Mensa 20 Uhr
Eintr. 4.- Filme . Infos .
Gruppen: Metropolis & Granny Smith
(Erlös für die Neue Schule, die jetzt ein Jahr besteht)

Bericht über die Protestveranstaltung gegen die Rechtsverordnung an der PH

Am letzten freitag hat die studentenschaft der PH den kampf gegen die RO der lehrerausbildung aufgenommen.
Dies geschah nicht nur auf der veranstaltung des PLENUMs für freie politischebetätigung, sondern ebenfalls auf einer protestveranstaltung von ASTA, ADS und GEW.
Zu beginn bezichtigten sich beide veranstalter der spaltung und der bürgerlichen machtpolitik. Ein KSV-genosse verdeutlichte, daß der ASTA bisher noch nichts gegen die RO unternommen hatte. Das PLENUM hätte den ASTA mehrere male aufgefordert beim PLENUM, als das organ der aktiven studenten, mitzuarbeiten. Als der ASTA dann schließlich forderte eine gemeinsame veranstaltung unter der führung des ASTAs zu machen, konnte diese provokative forderung nicht angenommen werden (22:88). Daß der ASTA von daab alles daran setzte, den kampf des PLENUMs zu hintertreiben würde dadurch unterstrichen, daß die veranstaltung des ASTAs zur gleichen zeit durchgeführt werde.
Er forderte alle fortschrittlichen studenten auf, der veranstaltung des ASTAs den rücken zu kehren und zur PLENUMsveranstaltung in der TU zu fahren.Ein KSB/MLer weitete diese aufforderung später noch auf alle aufrichtigen menschen aus.
Unsere"demokratisch gewählte" ASTA-vorsitzende stellte dann klar, daß sie diejenigen gewesen seien, die zuerst schritte gegen dei RO unternommen hätten, daß das PLENUM den ASTA nicht ausreichend informiert hätte,-daher auch die panne mit dem gleichzeitigen veranstaltungen.
Dieses nichtinformieren schwäche das höchste organ der verfassten studentenschaft und arbeite somit der reaktion in die hände. Der ASTA war und ist stets darum bemüht, eine gemeinsame kampffront aufzubauen, ihm ginge es um die sache, nicht um machtpolitik der verschiedenen gruppen. Die giftige und histerische stellung des PLENUMS zum ASTA verhindere z.zt. jedoch eine mitarbeit.

Der kampf gegen die RO konnte beginnen, diesmal also von vornherein mit getrennten zügen.
Er begann mit einer einschätzung des ASTAs(nachzulesen im ASTA-rundbrief). Es wurde festgestellt, daß die RO alle studenten beträff - nicht nur die fortschrittlichen.
Die PH sollezu einer verschulungs-institution im interesse des monopolkapitals gemacht werden. Die letzten reste einer wissenschaftlichen ausbildung würden zerstört, das demokratische recht auf diskussion endgültig genommen. Die forderungen sind: SOFORTIGE RÜCKNAHME DER RO DURCH DEN AS! -FÜR EINE WISSENSCHAFTLICHE UND BERUFSQUALIFIZIERENDE AUSBILDUNG IM INTERESSE DER WERKTÄTIGEN BEVÖLKERUNG!
Falsch sei ein bloßes WEG-MIT, aufgabe müsse es sein alternative vorschläge zu erstellen.
Ein aktiver warnstreik wird als kampfmittel gesehen. Dieser müsse jedoch genau geplant werden,gedacht sind an 1-3 tage.

Der KSVler als PLENUMSvertreter stellte richtig: durch die RO seien nicht alle studenten betroffen, hauptsächlich die fortschrittlichen (die die im plenum mitarbeiten?) und die kommunistischen (also die vom ksv?). Der einzige zweck der RO sei die politische disziplinierung, Deutlich zeige sich der revisionismus in der forderung des ASTAs zu einer alternative- diese könne erst nach der revolution erstellt werden, der RO-kampf sei ein abwehrkampfp. Ein streik sei nicht die richtige kampfform, dieser hatte seine berechtigung als im falle des löfflerplans der gegnernicht personifizierbar und für uns nicht erreichbar war, bei der RO seien die feinde jedoch personell bekannt und an der PH.
WEG MIT DER NEUEN RO! -FÜR FREIE POLITISCHE UND WISSENSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG!

Ein "undogmatischer"genosse wies die aufassung des ASTAs, daß das PLENUM eine reine KSV angelegenheit sei zurück. Er erklärte, daß hier sehr viel sog. unorganisierte mitarbeiten. Offensichtlich habe der KSV das politische ruder in der hand, aufgabe müsse es sien diesem zu ändern, dies könne je doch nicht dadurch geschehen, daß man sich von diesem zurüchzieht, oder die diskussion dort scheue, wie es der ASTA mache.
Als richtig wurde der vorschlag des ASTAs zur erarbeitung einer Alternative benannt. Hierbei müsse man jedoch die begriffe "im dienste der werktätigen bevölkerung" und "wissenschaftliches studium" genauer füllen, der positivismus bezeichne sich schließlich auch als wissenschaft, und Heistermann glaubt auch im interesse der bevölkerung zu handeln.

Nach knapp 2 stunden zerstreute sich die versammlung als der KSV das 4.mal das wort ergriff.

Treffs zum kampf gegen die RO

- ASTA/ADS/GEW
  DO.21.3. 17uhr ASTAbüro
- GEW
  montags,19.3o uhr
  GEW-geschäftsstelle
- PLENUM
  dienstags,19.oo uhr
  TU Hauptg.
  an den Fahrstühlen

In welcher Wohngemeinschaft ist noch Platz für uns zwei?
Lydia und Stephan.
Schreibt an: Lydia Röbig,1-19
Mollwitzstr.4

Fragen zum Kampf gegen die Rahmenstudienordnung (RSO=RO)

Am Freitag,den 15.3 fanden zwei Diskussionsveranstaltungen zur RSO statt.Einmal die des ADS-ASTA-GEW Blocks an der PH und einmal die anderer K'Gruppen mit dem Plenum für freie politische Betätigung in der TU.
Wie der ASTA in seinem Info vom 15.3.richtig schreibt, m u ß dies der Schlußpunkt einer spalterischen Bewegung sein,wenn wir die Studenten nicht desorientieren wollen.Die Studenten auch ebenso nicht entpolitisieren und frustrieren wollen,wie es nach dem Streik gegen den Löfflerplan passierte und sich bis heute auf die Studenten auswirkt.Die Frage wer hier mal wieder zuerst wo gespalten hat,soll nicht erörtert werden,da es zwecklos ist,den Schuldigen zusuchen,weil sich ADS und KSV gegenseitig-wenn es drauf ankommt(?) bis Ultimo-die Schuld zuschieben werden.Zwei Fragen sollen hier jedoch den beiden Blöcken noch gestellt werden. Sie ergeben sich aus den beiden Flugblattern des ASTA und des KSV vom letzten Freitag.

Wie kommt es,daß der ASTA,der sich als die legitime Vertretung der ganzen Studentenschaft bezeichnet und der die Entstehung spontaner Bewegungen und Organisationsformen begrüßt,nur seine Interessengruppen wie ADS und GEW finanziell unterstützt,andere aber nicht?Wenn er für andere Gruppen Briefe verschicken soll, tut er es erst,wenn der Inhalt auf seiner pol.Linie liegt.wenn nicht,gibt er kein Geld.Zu seinen Legitimationssprüchen,er wäre der ganzen Studentenschaft Rechenschaft schuldig,ist hier noch darauf hinzuweisen,wie der ASTA dazu kommt.Zu seinen Wahlen bzw.die des Konvents gehen fast nur ADS-Leute,so daß er formalbürokratisch die Interessenver=

tretung aller hat,aber die Mehr= heit der Studenten entpolitisiert und vom Parteienhickhack frus= triert in ihren Löchern hockt.

Bekommt der ASTA aber nicht von je dem Studenten zu Beginn jeden Se= mesters Geld in Form Von Studien= gebühren?
Frage an den RSV:Glaubt er immer noch nach den Erfahrungen der letz ten Semester,diesen Angriff der reaktionaren Scheißer durch eine zentrale (möglichst noch seiner) Kampfführung zurückschlagen zu können? Ein Aktionsrat,der gewahlt wird,wird immer nur die Standpunkte derer vertreten,die in ihm drin sitzen.Auch das imperative Mandat hat seine Grenzen.wo dies alles hinführt haben wir im Krampf gegen den Löffler=Plan gesehen: Patreienhickhack vorne und hinten, Sprüche von immer wieder denselben Obergenossen der verschiedenen Parteien,saudummer Dogmatismus in jeder Diskussionsveranstaltung, wo aber die Masse der Studenten, wenn sie überhaupt kommt,**nicht mehr** wagt,ihre Klappe aufzureißen,weil sie fürchtet,von den Obergenossen rednerisch oder emotionell - weil auf irgendeinem Parteitrip abge= fahren.-fertiggemacht zu werden.

<u>Was wir nicht tun dürfen!</u>
Die eben geschilderte Situation noch ein Mal entstehen oder besser weiter ausbreiten zu lassen!

<u>Was wir tun können?</u>
Weil in den Ferien nicht so viele Leute da sind und eine Diskussion in dem Rahmen vielleicht möglich ist:Eine einheitliche,regelmäßige Diskussionsveranstaltung mit dem Plenum und dem ADS-ASTA Block durchführen.Auch wenn dies gegen die politische Linie dieser Gruppen geht.Sie mögen bedenken,daß ihre Partei nicht die Partei aller Leute ist und nie sein wird,daß aber alle Leute für den Kampf gebraucht werden
Im Semester brauchen wir dezentral Diskussionsforen,die Kampfschritte ausarbeiten und sie der VV unterbrei ten.Je mehr wir davon haben,desto besser.Der konkrete Vorschlag:

Seminardiskussionsgruppen <u>in</u> den Seminaren.Damit wird gleichzeitig die RSO unterlaufen.

<u>Zu einem evtl.STREIK oder KAMPFTAGEN!</u>
Wir müssen berücksichtigen,daß unser Streik - im Gegensatz zu dem der Arbeiter - kein ökono= misches Druckmittel ist.Ein Streik an der Hochschule allein ist uneffektiv.Er muß in die Stadt gebracht werden.Er muß die Diskussion in der Bevölkerung auslösen.Wie dies auszusehen hat, muß in <u>einem</u> Gremium und im Semester in den Seminargruppen bzw.auf der VV diskutiert werden.

<u>Parolen</u>
Die Parole'weg mit..'darf nicht aufgestellt werden!Sie verbreitet Illusionen,frustriert uns und bleibt beim beschissenen Status Quo stehen.Das,was her muß,kommt nicht durch eine Parole her:Es gilt für uns,Druck - ganz gleich in welcher Form -auszuüben.
Dabei gilt es auch unsere Angst gemeinsam zu überwinden.Auch gegen evtl.strafrechtliche Folgen.zum Beispiel kann die Diskussion in den Seminaren nach der RSO als Nötigung des Seminarleiters an= gesehen werden,und als solche strafrechtlich verfolgt werden. Wir werden dies zu verhindern haben,indem wir es gemeinsam tun.
<u>Reaktionare Seminare sind vorrangig</u>
ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN!
GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Zu diesem Artikel:
Er wurde von einem Individuum der Hochschulgruppe PH zur Diskussion am unserm Freitagstreff im SZ,im Plenum für freie Politische Betä= tigung und der ADS-Veranstaltung am Do in der PH geschrieben.Er wird dort als Papier vorliegen.
EINE ERGANZUNG ZU DEN MASSNAHMEN GEGEN DIE RSO IST NOTIG!!!!!!!!!

DIE HOCHSCHULGRUPPE-PH trifft sich FREITAGS 2o.oo Uhr im Soz.Zentr.